Saarlouis, Mittwoch, 2. November 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 18 Mk. Mit der Post bezogen 18 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 1 mm Borgiszeile 1,25 Mk., b) für Reklamen 62 m/m 3,00 Mk. Bei Wiederholungen gänzlicher Rabatt.

Nr. 245.
50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 32. Postfach 80.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betriebe hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

+ Deutscher Caritastag 1921.

Von Generalsekretär A. Jeenger, Freiburg i. Br.

Während vor dem Kriege die Deutschen Caritastage meist viele Hunderte, oft sogar mehrere Tausende von Caritasfreunden aus allen Teilen Deutschlands versammelten, haben während des Krieges und in der Nachkriegszeit die großen Schwierigkeiten des Reisens, der Unterbringung und Verpflegung den Deutschen Caritastag behindert, die jährlichen Caritastage sehr zu Zusammenkünften der Fachleute der einzelnen Caritasgebiete umgewandelt. Der Caritastag besteht jedoch vor allem in den Sitzungen der leitenden Organe des Deutschen Caritasverbandes, des Zentralvorstandes, des Zentralrates und Zentralausschusses. Trotzdem hat jedoch der Verband auch großen Wert darauf, daß durch jeweils eine oder zwei größere öffentliche Versammlungen die großen Fragen und Aufgaben der Caritasarbeit auch in weitere Kreise getragen werden.

Das Jahr 1921 steht für den Deutschen Caritasverband im Zeichen des Hinscheidens seines ersten Präsidenten, des Hochwürdigsten Herrn Prälaten und Apostolischen Protonotars Dr. Werthmann, der als zu große Organisator der katholischen Caritasarbeit Deutschlands weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus bekannt ist. Seit der Gründung des Caritasverbandes am 8. November 1897 stand Prälat Werthmann, der damalige Hofkaplan des Erzbischofs von Freiburg, als Präsident an dessen Spitze. Nachdem er den Caritasfängern Deutschlands in vielem die Wege gewiesen und die katholische Caritasorganisation zu mächtiger Einheit und Größe emporgeführt hatte, wurde er mitten aus seiner rastlosen und unermüdlichen Arbeit heraus am 10. April da. Js. seinem großen Wirken nach schwerzgerechter Krankheit entrissen. Da Präsident Dr. Werthmann der Diözese Limburg entstammte, so beauchtete es der Deutsche Caritasverband als eine Ehrenpflicht, den diesjährigen Caritastag, der zugleich die Wahl des neuen Präsidenten bringen soll, in der Bischofsstadt Limburg a. d. Lahn zu vertreten. Zu den Tagen vom 6. bis 12. November werden sich daher die Vertreter der einzelnen Organisationen Deutschlands im amtlichen Zusammenkunften, um über die gegenwärtigen Fragen der katholischen kirchlichen Wohlfahrtspflege zu beraten und richtige Beschlüsse zu fassen.

Der Caritastag wird eröffnet durch eine am Dienstag, den 8. November, vormittags stattfindende Sitzung des Zentralvorstandes. Ihr schließt sich während des ganzen Nachmittags sowie am Mittwoch vormittag die Sitzung des Zentralrates an. Diese Körperschaft ist die Vertretung aller Diözesan-Caritasverbände Deutschlands, welche jeweils ihren Vorsitzenden und den Diözesan-Caritasdirektor zum Zentralrat entsenden. Die Hauptaufgabe des Zentralrates ist die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, wozu noch die Vorberatung wichtiger Fragen hinzukommt. Die reichhaltige Tagesordnung umfaßt 18 Punkte, so insbesondere die Berichterstattung über die Tätigkeit der Zentrale und der Berliner Hauptvertretung, über die Beziehungen des Deutschen Caritasverbandes und der Auslandsweltdienstgrenze sowie über die engere organisatorische Verbindung der deutschen Caritasverbände mit dem Allgemeinen Deutschen Caritasverband, welche neuerdings auf Grund des Beschlusses der Hochwürdigsten Bischofskonferenz zu Freising endgültig stattgefunden ist. Auch die geplante Neugestaltung der Mitgliedschaft und die durch die organisatorische Weiterentwicklung des Verbandes erforderlich gewordenen Satzungsänderungen werden den Zentralrat beschäftigen.

Das katholische Caritasparlament Deutschlands, der Zentralausschuß des Deutschen Caritasverbandes, wird von Mittwoch, den 9. November, nachmittags, bis zum Abend des 10. November tagen. Der erste und organisatorisch bedeutsame Punkt der Tagesordnung wird die Präsidentenwahl sein, an welche sich eine Anzahl von neuen Präsidenten anschließen wird. Nach Erstattung des Tätigkeitsberichtes und nach Beratung der Satzungsänderung wird alsdann die Stellung der katholischen Jugendbewegung Deutschlands zum Entwurf des Reichsjugendwohlfahrts-Gesetzes erneut einer intensiven Aussprache unterzogen, wobei Diözesan-Caritasdirektor Dr. Lennes-Köln das einleitende Referat erstatten wird. Fräulein Alice Hegemann-Freiburg, die Referentin des Deutschen Caritasverbandes für Kinderfürsorge, wird hierauf über die Einrichtung von Schwesternseminaren für Kinderfürsorge berichten. Eine Hauptfrage der caritativen Arbeit bilden gegenwärtig die Aufgaben der Altersfürsorge und Mittelstandsfürsorge. Neben der geplanten großen Hilfsaktion des Reiches für die Kreise der verarmten Kleinrentner und des Mittelstandes muß auch die freiwillige Liebestätigkeit ihr Möglichstes tun, um diese ohne jede eigene Schuld, vor allem durch die Entwertung des deutschen Geldes in tiefste Not geratenen Volksschichten vor der vollständigen Verelendung und vor Verpauperung zu retten. Besonderen Wert wird auf den weiteren Ausbau der Lebensmittelversorgungen für die minderbemittelten Bevölkerungskreise zu legen sein. Berichterstatter über diesen Punkt ist Amtsgerichtsrat Pfl-München.

Nicht minder wichtig ist die Hilfsarbeit für die studierenden Akademiker, zu deren Unterstützung der Deutsche Caritasverband in Verbindung mit dem katholischen Studentenvereinen, den Studentenfürsorgern und den Akademikerverbänden bereits zu Anfang dieses Jahres eine besondere Fachorganisation „Caritas für Akademiker" (C. F. A.) geschaffen hat mit Zweigstellen in fast sämtlichen deutschen Universitätsstädten.

Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich in Berlin NW.7, Georgenstraße 44, 2 Stock. Der Leiter derselben, Prof. Dr. Timpe-Berlin, wird den einleitenden Referat erstatten. Hierauf folgt ein Bericht von Gefängnisfürsorger Bouenter (Aachen) über Strafgefangenenfürsorge sowie ein Referat von Katalog Wienkenberlin über die geeigneten Vorlagen gegen Schmutz und Schund in Literatur und Kunst und über die Reichsfinanzgesetz-Novelle. Noch zwei weiteren Referaten über die Ausbildung von Berufskräften der Wohlfahrtspflege, die von Frau Direktorin Hübinger-Freiburg und Generalsekretär Weeking-Freiburg gehalten werden, werden zwei kurze Vorträge von Bibliothekar Auer-Freiburg und Generalsekretär Jeenger-Freiburg eine eingehende Aussprache über die Mitwirkung der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege eröffnen. Zum Schlusse wird Direktor Kliedert-Freiburg über die im Gange befindliche, teilweise schon vermirklichte internationale Caritasorganisation berichten. Die im Zentralausschuß des Deutschen Caritasverbandes vereinigten Caritasvertreter aus allen Gegenden des Reiches und aus allen Volksschichten werden daher ein außerordentlich reichhaltiges Programm zur Beratung und Beschlußfassung vorfinden.

Eine große öffentliche Versammlung wird am 9. November, abends 8 Uhr, in dem großen Saal Limburgs, der Turnhalle, veranstaltet werden. Unrahmt von hervorragenden Darbietungen des Domchores Limburg und von caritativen Dichtervorträgen werden drei Ansprachen den Rahmen der Versammlung bilden. Der Hochwürdigste Herr Weihbischof Dr. Münch-Trier, der Zentralvorsitzende des Deutschen Caritasverbandes, wird den Abend durch eine Begrüßungsansprache eröffnen. Im Mittelpunkt der Versammlung wird eine größere Rede von Caritasdirektor Kreutz-Berlin stehen mit dem Thema: „Der Deutsche Caritasverband und seine Aufgaben". Zum Schlusse wird der Hochwürdigste Herr Bischof Dr. Augustinus Kilian von Limburg den Deutschen Caritastag mit einer Ansprache beehren und den bischöflichen Segen erteilen.

Die mehr geschäftlichen Erledigungen schließen einer besonderen Mitgliederversammlung, die am 10. November, nachmittags 3 Uhr, im großen Saal der „Alten Post" zu Limburg stattfinden wird. Ihre Tagesordnung umfaßt eines Tätigkeitsbericht von Direktor Kliedert, die endgültige Beschlußfassung über die Satzungsänderungen, Festsetzung einer neuen Bibliotheksordnung sowie Zuwahlen zum Zentralausschuß.

Möge auch der diesjährige Caritastag gleich den früheren ein neuer Marksteln sein in der steten und rastlosen Aufwärtsentwicklung des Deutschen Caritasverbandes sowie seiner zahlreichen Zweige und Fachverbände. Möge insbesondere von ihm ein neuer mächtiger Strom warmer Bruderliebe ausgehen zur Linderung der abgrundtiefsten Not unseres von schwerstem Unglück gebeugten Volkes.

Die Washingtoner Konferenz.

fl. Washington, 31. Okt. Der Staatssekretär Hughes hat sich bisher Tage sehr optimistisch über den voraussichtlichen Verlauf der Abrüstungskonferenz ausgesprochen. Er gründet diese seine Auffassung auf die Haltung der fremden Delegierten und ihrer Regierungen, die auf dem Wege nach Washington sind. Der Gedankenaustausch, der bereits stattgefunden habe, habe sich zwar notwendigerweise in allgemeinen Wendungen gehalten, habe aber doch den lebhaften Wunsch erkennen lassen, zu einem greifbaren Erfolg zu kommen. In seiner Erklärung erwähnt Secretary Hughes, daß die Frage der Gleichberechtigung der Rassen, die besonders von den Juden vertreten werde, Gegenstand der Verhandlung auf der Konferenz sein werde.

fl. London, 31. Okt. Im Verlaufe einer Rede, die Präsident Harding im Staate Alabama gehalten hat, führte er aus, er hoffe von ganzem Herzen, daß der Tag endlich kommen, wo das Volk der Vereinigten Staaten den Völkern Europas, Asiens, Afrikas und Südamerikas folgende Fragen vorlegen könne:

Wenn wir wollen sich die Völker nicht gegenseitig als Brüder betrachten? Wenn wir sollen wir Krieg gegeneinander führen? Wenn wir haben wir in den Besitz dessen zu gelangen, was andern gehört? Ich glaube fest, daß wir in der Welt einen neuen Schritt vorwärts tun.

fl. Atlanta, 31. Okt. In einer Rede, die Präsident Harding dieser Tage hier hielt, legte er seine Ansichten über die Abrüstungskonferenz eingehend dar. Amerika, so sagte er, tritt mit dem festen Willen in die Konferenz ein, Waffen für die internationale Freundschaft zu gewinnen; wenn die Verhandlungen über die Abrüstung scheitern, so trägt es keine Verantwortung dafür. Ich glaube, daß man dem Frieden dienen und daß Amerika die ihm notwendige Verteidigung sichern kann. Es ist klar, daß die Menschheit gereizt ist, einen solchen Versuch zu machen. Wenn dieser Versuch scheitert, so ist das nicht der Fehler der Vereinigten Staaten. Wir sind bereit, die Nationen, die den neuen Weg betreten, zu unterstützen. Wir haben unsere Einladungen ergehen lassen, und die herzliche Art, mit der sie von allen aufgenommen worden sind, gibt uns die Hoffnung, daß die Verhandlungen der Konferenz zu guten Ergebnissen führen werden. Wir in Amerika haben in dieser Hinsicht sowohl von nationalen wie internationalen Gesichtspunkten aus Lehren erlernen wir Lasten, daß eine Welt, die nachdenkt, zu verschieden. Belehrt durch unsere eigene Erfahrung können wir hoffen, daß eine Welt, die nachdenkt zu derselben Entscheidung kommt, nachdem sie durch ein nicht mehr zu überbietendes Trauerspiel eine Lektion erhalten hat.

Der Präsident wiederholte sodann, daß es auch nicht ein Plädoyer der nationalen Unabhängigkeit Amerikas aufgeben werde. Amerika wird zwar für Amerika sorgen, aber niemals wird es selbstsüchtig sein, indem es sich einbildet, es könne aus dem Unglücke anderer Vorteil ziehen. Es wird kämpfen für ein Zusammenwirken für eine gegenseitige Unterstützung, für großzügige Wohlfahrtspflege und Wohlergehen, die die Menschheit auf ihrem Wege zur Erlangung der Herrschaft des Friedens notwendig hat. Eines besseren Friedens einen gesicherten Frieden, der wirklich dem Fortschritte dient und die großmütigen Gedanken fördert, welche die Welt in der Richtung eines mehr und mehr zu verwirklichenden Ideals zuwendet.

Die Abreise Briands.

fl. Paris, 31. Okt. Wie erwartet, ist Briand am Samstag nach Washington abgereist. Es wird bei dieser Gelegenheit wiederholt, daß der französische Ministerpräsident nicht während der ganzen Dauer der Konferenz in Amerika bleiben wird. Es handelt sich mehr um eine Propagandareise, und es ist nicht zu erwarten, daß die einschneidenden Fragen, die auf dem übrigens noch gar nicht abgeschlossenen Programm stehen werden, in den ersten 14 Tagen (länger wird Briand wohl kaum in Washington bleiben können) zur Verhandlung oder gar zur Entscheidung kommen werden. Es ist dabei zu beachten, daß in der französischen Presse seit einiger Zeit auf die angeblich ungeheuer umfassende deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten aufmerksam gemacht und die Regierung aufgefordert wurde, Gegenmaßnahmen zu treffen. Als eine solche wurde von vielen Seiten die Reise des Ministerpräsidenten angesehen und dementsprechend diesem Gedanken ist wohl nicht in letzter Linie der Entschluß Briands zuzuschreiben, doch noch nach Washington zu gehen, während Lloyd George aller Voraussicht nach England nicht verlassen wird. Jedenfalls bildet der Empfang, der Marschall Foch in Amerika gefunden hat, eine unerschöpfliche Fundgrube für die französische Presse, die immer wieder auf die so „herzliche" Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika hinweist und sich alle Mühe geben wird, während der ganzen Dauer der Konferenz die Welt mit Nachrichten hierüber zu überschütten. Es ist in Deutschland zur Berichte aus den Originaltelegrammen zu sehen bekommen, muß bei der Auswahl der aus Washington kommenden Meldungen mit aller Vorsicht verfahren werden und man wird gut tun, nach Möglichkeit zwischen den Zeilen zu lesen. Sehr interessant dürfte es sein, Nachrichten aus japanischer Quelle zu erhalten, denn man weiß so, daß schließlich die ganze Konferenz den interessen Konflikt zwischen Washington und Tokio bildet.

Empfang des Generals Foch im Weißen Hause.

fl. Washington, 1. Nov. Am Samstag wurde General Foch in Begleitung des französischen Gesandten Jusserand im Weißen Hause vom Präsidenten Harding empfangen mit den Worten: Ich begrüße Sie als den größten Soldaten aller Zeiten und den Mann, der uns zum Siege geführt hat. Als Foch auf seinen Empfang in Kennort hinwies, sagte der Präsident: Das war einfach das Herz meines Landes, welches zu Ihnen sprach. Sie wissen jetzt, wo es ist.

fl. Washington, 1. Nov. Als Marschall Foch am Sonntag bei dem ehemaligen Präsidenten Wilson vorsprach, konnte er nur seine Karte abgeben, da die Aerzte den ehemaligen Präsidenten jeden Empfang von Besuchern untersagt haben.

Empfang des Kronprinzen.

Die Kronprinzessin Cecilie und der Kronprinz sind am Samstag in Berlin eingetroffen und haben sich nach Potsdam begeben. Am Bahnhof Zoologischer Garten hatte sich eine Menge Menschen eingefunden, die den Kronprinzen und seine Gattin begrüßten. Es kam zu keinerlei Kundgebungen.

Aus dem Reiche.

Kultusminister a. D. v. Studt †.

* Berlin, 31. Okt. Der frühere preußische Kultusminister Dr. v. Studt ist heute früh in Berlin im 83 Lebensjahre gestorben. Dr. v. Studt war zehn Jahre Oberpräsident in Westfalen und war dann im September 1899 zum preußischen Kultusminister ernannt worden. Am 24. Juli 1907 wurde ihm die Dienstentlassung erteilt; zugleich wurde er auf Lebenszeit in das preußische Herrenhaus berufen. Der Kaiser, den Herr v. Studt als preußischer Kultusminister verfolgte, wird vielleicht am besten dadurch charakterisiert, daß ihn die „Kreuzzeitung" an seinem Todestage als einen treuen aller treuesten Leser und treuesten Freunde für sich in Anspruch nimmt.

Ein Beschluß des Reichsgerichts in dem Prozeß gegen die Kapitäne.

dz. Berlin, 31. Okt. Anknüpfend an die Bekanntgabe des Beschlusses des Reichsgerichts vom 17. Okt., durch den den in Kapp-Prozeß beschuldigten Oberst Bauer, Kapitän Ehrhardt, Major v. Pabst und Schriftsteller Schnitzler freies Geleit bewilligt würde, wurde in der Presse die Behauptung verbreitet, daß die Genannten zwar vor einem halben Jahre ihre Bereitwilligkeit erklärt hätten, sich unter gewissen Garantien dem Reichsgerichte zu stellen, daß sie dieses Angebot jetzt aber nicht erneuert hätten, so daß die Entscheidung des Reichsgerichts auf das alte seinerzeit unbeachtet gebliebene Anerbieten der Beschuldigten zurückgreife. Diese Darstellung ist unrichtig, vielmehr stellte der Verteidiger der Beschuldigten am 14. Oktober einen Antrag auf Verschonung der Beschuldigten von einer Untersuchungshaft. Lediglich über diesen Antrag hat das Reichsgericht am 17. Oktober entschieden. Da die Beschuldigten der in diesem Beschlusse ihnen auferlegten Verpflichtung, sich anzusichern dem Untersuchungsrichter in Leipzig zu stellen, nicht nachgekommen sind, hat das Reichsgericht durch Beschluß vom 31. Oktober die Bewilligung des sicheren Geleits zurückgezogen.

Frankreich.

Poincaré über die deutschen Finanzmanöver.

fl. Paris, 31. Okt. Raimond Poincaré schreibt in der „Revue de la Monde" über die deutschen Finanzmanöver: Deutschland wird fort, sich durch eine gesteigerte Inflation systematisch zu ruinieren. Die Mark fällt immer mehr. Um keine Verpflichtungen für das erste Jahr zu erfüllen, bei heißt 1000 Millionen Goldmark zu zahlen, außer der mit zu großen Schwierigkeiten gezahlten 1 Milliarde, müßte es bis zum 1. Mai 1922 1 Milliarde Goldmark in fremden Devisen beschaffen. Dafür müßte es mindestens 30 Milliarden Papiermark, also ungefähr so viel, wie die Steuern einbringen, beziehen. Deutschland wird unzweifelhaft behaupten, daß es ihm unmöglich sei, fremde Devisen herauszuschaffen und uns den Gegenwert in Papiermark anbieten. Ein solches deutsches Angebot können wir unter keinen Umständen annehmen. Würden wir auf ein solches Angebot eingehen, dann würde sich Deutschland nicht die geringste Mühe geben, Gold herauszuschaffen, sondern einfach Banknoten fabrizieren, die nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Wir können also mit Sicherheit annehmen, daß im Januar, spätestens aber im Mai Deutschland den Verbündeten seine Zahlungsunfähigkeit erklären wird.

England.

Eine Anleihe für die Arbeitslosen.

fl. London, 31. Aug. Die britische Regierung wird demnächst eine dreiprozentige Anleihe von 20 Millionen Pfd. Sterling ausgeben. Diese Anleihe wird für Notstandsarbeiten gegen die Arbeitslosigkeit dienen.

Ungarn.

Nach dem Karlistenputsch.

* Budapest, 31. Aug. Unter feierlichstem Gepränge wurden gestern 10 Opfer des Karlistenputsches, darunter ein Jude, durchweg Hochschüler, die in der Schlacht bei Budaörs gefallen sind, zu Grabe getragen.

Die Ratgeber Karls, Graf Julius Andrassy und Rakovszky, wurden heute dem Gericht eingeliefert.

Aus dem Saargebiet.

Entschließung der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes.

dz. Saarbrücken, 31. Okt. Die Kreisdelegierten der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets hat in ihrer gestern hier abgehaltenen Sitzung folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 30. Oktober in einer Konferenz versammelten Vertreter der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets geben ihrer Entrüstung Ausdruck über die Entschließung, die der Völkerbund in der oberschlesischen Frage gefaßt hat. Die sozialdemokratische Partei, die sich auf Grund ihres internationalen Charakters frei weiß von allen nationalistischen Tendenzen, ist die entschiedenste Vertreterin des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl in Bezug auf ihre Staatsform als auch im Hinblick auf die Staatszugehörigkeit. Dieses Selbstbestimmungsrecht ist in der Entscheidung über Oberschlesien einseitig politischen Interessen in einer Weise untergeordnet worden, die selbst in den betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages keine Stütze findet. Die Sozialdemokratische Partei, die nicht allein die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Rechte der Bevölkerung zu wahren und auszubauen berufen ist, erblickt in der Zerreißung Oberschlesiens auch einen ebenfalls durch einseitige Interessen diktierten Eingriff in die wirtschaftlichen Zusammenhänge des deutschen Volkes, der das gesamte deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets insbesondere hat die in der oberschlesischen Frage gefällte Entscheidung neben der Entrüstung auch mit schwerer Besorgnis erfüllt über das Schicksal des Saargebiets. Die Entscheidung über Oberschlesien hat das Vertrauen in den Völkerbund, dem das Saargebiet als Teil der Deutschen Republik zu treuen Händen anvertraut worden ist, stark erschüttert. Wenn das Selbstbestimmungsrecht und wirtschaftliche Zusammenhänge vom Völkerbunde so wenig geachtet und so sehr einseitig politischen Interessen untergeordnet werden, wie es in der oberschlesischen Frage geschah, sieht auch für das bange und durch deutsche Saargebiet das Schlimmste zu befürchten. Die sozialdemokratische Partei des Saargebiets legt deshalb schon heute entschieden Verwahrung dagegen ein, daß vom Völkerbunde die Entscheidung über Oberschlesien als Präjudiz für den Fall angesehen werden könnte, wenn das Schicksal des Saargebiets vor der Entscheidung steht.

Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich in Berlin NW.7, Georgenstraße 44, 2 Stock. Der Leiter derselben, Prof. Dr. Timpe-Berlin, wird den einleitenden Referat erstatten. Hierauf folgt ein Bericht von Gefängnisfürsorger Bouenter (Aachen) über Strafgefangenenfürsorge sowie ein Referat von Katalog Wienkenberlin über die geeigneten Vorlagen gegen Schmutz und Schund in Literatur und Kunst und über die Reichsfinanzgesetz-Novelle. Noch zwei weiteren Referaten über die Ausbildung von Berufskräften der Wohlfahrtspflege, die von Frau Direktorin Hübinger-Freiburg und Generalsekretär Weeking-Freiburg gehalten werden, werden zwei kurze Vorträge von Bibliothekar Auer-Freiburg und Generalsekretär Jeenger-Freiburg eine eingehende Aussprache über die Mitwirkung der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege eröffnen. Zum Schlusse wird Direktor Kliedert-Freiburg über die im Gange befindliche, teilweise schon verwirklichte internationale Caritasorganisation berichten. Die im Zentralausschuß des Deutschen Caritasverbandes vereinigten Caritasvertreter aus allen Gegenden des Reiches und aus allen Volksschichten werden daher ein außerordentlich reichhaltiges Programm zur Beratung und Beschlußfassung vorfinden.

Eine große öffentliche Versammlung wird am 9. November, abends 8 Uhr, in dem großen Saal Limburgs, der Turnhalle, veranstaltet werden. Umrahmt von hervorragenden Darbietungen des Domchores Limburg und von caritativen Dichtervorträgen werden drei Ansprachen den Rahmen der Versammlung bilden. Der Hochwürdigste Herr Weihbischof Dr. Münch-Trier, der Zentralvorsitzende Deutschen Caritasverbandes, wird den Abend durch eine Begrüßungsansprache eröffnen. Im Mittelpunkt der Versammlung wird eine größere Rede von Caritasdirektor Kreutz-Berlin stehen mit dem Thema: „Der Deutsche Caritasverband und seine Aufgaben". Zum Schlusse wird der Hochwürdigste Herr Bischof Dr. Augustinus Kilian von Limburg den Deutschen Caritastag mit einer Ansprache beehren und den bischöflichen Segen erteilen.

Die mehr geschäftlichen Erledigungen schließen einer besonderen Mitgliederversammlung, die am 10. November, nachmittags 3 Uhr, im großen Saal der „Alten Post" zu Limburg stattfinden wird. Ihre Tagesordnung umfaßt einen Tätigkeitsbericht von Direktor Kliedert, die endgültige Beschlußfassung über die Satzungsänderungen, Festsetzung einer neuen Bibliotheksordnung sowie Zuwahlen zum Zentralausschuß.

Möge auch der diesjährige Caritastag gleich den früheren ein neuer Marksteln sein in der steten und rastlosen Aufwärtsentwicklung des Deutschen Caritasverbandes sowie seiner zahlreichen Zweige und Fachverbände. Möge insbesondere von ihm ein neuer mächtiger Strom warmer Bruderliebe ausgehen zur Linderung der abgrundtiefsten Not unseres von schwerstem Unglück gebeugten Volkes.

Aus dem Reiche.

Kultusminister a. D. v. Studt †.

* Berlin, 31. Okt. Der frühere preußische Kultusminister Dr. v. Studt ist heute früh in Berlin im 83 Lebensjahre gestorben. Dr. v. Studt war zehn Jahre Oberpräsident in Westfalen und war dann im September 1899 zum preußischen Kultusminister ernannt worden. Am 24. Juli 1907 wurde ihm die Dienstentlassung erteilt; zugleich wurde er auf Lebenszeit in das preußische Herrenhaus berufen. Der Kaiser, den Herr v. Studt als preußischer Kultusminister verfolgte, wird vielleicht am besten dadurch charakterisiert, daß ihn die „Kreuzzeitung" an seinem Todestage als einen treuen aller treuesten Leser und treuesten Freunde für sich in Anspruch nimmt.

Ein Beschluß des Reichsgerichts in dem Prozeß gegen die Kapitäne.

dz. Berlin, 31. Okt. Anknüpfend an die Bekanntgabe des Beschlusses des Reichsgerichts vom 17. Okt., durch den den in Kapp-Prozeß beschuldigten Oberst Bauer, Kapitän Ehrhardt, Major v. Pabst und Schriftsteller Schnitzler freies Geleit bewilligt würde, wurde in der Presse die Behauptung verbreitet, daß die Genannten zwar vor einem halben Jahre ihre Bereitwilligkeit erklärt hätten, sich unter gewissen Garantien dem Reichsgerichte zu stellen, daß sie dieses Angebot jetzt aber nicht erneuert hätten, so daß die Entscheidung des Reichsgerichts auf das alte seinerzeit unbeachtet gebliebene Anerbieten der Beschuldigten zurückgreife. Diese Darstellung ist unrichtig, vielmehr stellte der Verteidiger der Beschuldigten am 14. Oktober einen Antrag auf Verschonung der Beschuldigten von einer Untersuchungshaft. Lediglich über diesen Antrag hat das Reichsgericht am 17. Oktober entschieden. Da die Beschuldigten der in diesem Beschlusse ihnen auferlegten Verpflichtung, sich anzusichern dem Untersuchungsrichter in Leipzig zu stellen, nicht nachgekommen sind, hat das Reichsgericht durch Beschluß vom 31. Oktober die Bewilligung des sicheren Geleits zurückgezogen.

Frankreich.

Poincaré über die deutschen Finanzmanöver.

fl. Paris, 31. Okt. Raimond Poincaré schreibt in der „Revue de la Monde" über die deutschen Finanzmanöver: Deutschland wird fort, sich durch eine gesteigerte Inflation systematisch zu ruinieren. Die Mark fällt immer mehr. Um keine Verpflichtungen für das erste Jahr zu erfüllen, bei heißt 1000 Millionen Goldmark zu zahlen, außer der mit zu großen Schwierigkeiten gezahlten 1 Milliarde, müßte es bis zum 1. Mai 1922 1 Milliarde Goldmark in fremden Devisen beschaffen. Dafür müßte es mindestens 30 Milliarden Papiermark, also ungefähr so viel, wie die Steuern einbringen, beziehen. Deutschland wird unzweifelhaft behaupten, daß es ihm unmöglich sei, fremde Devisen herauszuschaffen und uns den Gegenwert in Papiermark anbieten. Ein solches deutsches Angebot können wir unter keinen Umständen annehmen. Würden wir auf ein solches Angebot eingehen, dann würde sich Deutschland nicht die geringste Mühe geben, Gold herauszuschaffen, sondern einfach Banknoten fabrizieren, die nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Wir können also mit Sicherheit annehmen, daß im Januar, spätestens aber im Mai Deutschland den Verbündeten seine Zahlungsunfähigkeit erklären wird.

England.

Eine Anleihe für die Arbeitslosen.

fl. London, 31. Aug. Die britische Regierung wird demnächst eine dreiprozentige Anleihe von 20 Millionen Pfd. Sterling ausgeben. Diese Anleihe wird für Notstandsarbeiten gegen die Arbeitslosigkeit dienen.

Ungarn.

Nach dem Karlistenputsch.

* Budapest, 31. Aug. Unter feierlichstem Gepränge wurden gestern 10 Opfer des Karlistenputsches, darunter ein Jude, durchweg Hochschüler, die in der Schlacht bei Budaörs gefallen sind, zu Grabe getragen.

Die Ratgeber Karls, Graf Julius Andrassy und Rakovszky, wurden heute dem Gericht eingeliefert.

Aus dem Saargebiet.

Entschließung der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes.

dz. Saarbrücken, 31. Okt. Die Kreisdelegierten der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets hat in ihrer gestern hier abgehaltenen Sitzung folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 30. Oktober in einer Konferenz versammelten Vertreter der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets geben ihrer Entrüstung Ausdruck über die Entschließung, die der Völkerbund in der oberschlesischen Frage gefaßt hat. Die sozialdemokratische Partei, die sich auf Grund ihres internationalen Charakters frei weiß von allen nationalistischen Tendenzen, ist die entschiedenste Vertreterin des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl in Bezug auf ihre Staatsform als auch im Hinblick auf die Staatszugehörigkeit. Dieses Selbstbestimmungsrecht ist in der Entscheidung über Oberschlesien einseitig politischen Interessen in einer Weise untergeordnet worden, die selbst in den betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages keine Stütze findet. Die Sozialdemokratische Partei, die nicht allein die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Rechte der Bevölkerung zu wahren und auszubauen berufen ist, erblickt in der Zerreißung Oberschlesiens auch einen ebenfalls durch einseitige Interessen diktierten Eingriff in die wirtschaftlichen Zusammenhänge des deutschen Volkes, der das gesamte deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets insbesondere hat die in der oberschlesischen Frage gefällte Entscheidung neben der Entrüstung auch mit schwerer Besorgnis erfüllt über das Schicksal des Saargebiets. Die Entscheidung über Oberschlesien hat das Vertrauen in den Völkerbund, dem das Saargebiet als Teil der Deutschen Republik zu treuen Händen anvertraut worden ist, stark erschüttert. Wenn das Selbstbestimmungsrecht und wirtschaftliche Zusammenhänge vom Völkerbunde so wenig geachtet und so sehr einseitig politischen Interessen untergeordnet werden, wie es in der oberschlesischen Frage geschah, sieht auch für das bange und durch deutsche Saargebiet das Schlimmste zu befürchten. Die sozialdemokratische Partei des Saargebiets legt deshalb schon heute entschieden Verwahrung dagegen ein, daß vom Völkerbunde die Entscheidung über Oberschlesien als Präjudiz für den Fall angesehen werden könnte, wenn das Schicksal des Saargebiets vor der Entscheidung steht.